



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung
2. Oktober 2024, 16:57 Uhr bis 18:20 Uhr
öffentlich | nicht öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 19
Abwesende Mitglieder: 3

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende Frau Susanne Rohfleisch (Caritasverband Karlsruhe e. V.), Frau Jessica Meyer-Rachner (M-A-U-S Charity e. V.) und Herrn Artur Budnik (BMB).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt - 3. Fortschreibung - Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Hopfengärtner (afka).

Frau Hopfengärtner (afka) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Für eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts stellt sich die Frage, was getan werden muss, damit Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen nicht weiter abnimmt? Wie können angesichts der demographischen Entwicklung Übergänge in andere Rechtskreise verstärkt miteinbezogen werden? Können konkrete Vermittlungshindernisse von den verschiedenen Risikogruppen aufgezeigt werden?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Praktikantinnen und Praktikanten bei KoBV (Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt) bewähren sich auf bestimmten Stellen, jedoch scheitert oftmals eine Weiterbeschäftigung. Kann das daran liegen, dass es nicht die richtige Stellenbeschreibung gibt, um diese weiter zu beschäftigen?

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Im Bericht Seite 30 unten wird ausgesagt, dass 40 Prozent der Beschäftigten im Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt bereits über 60 Jahre alt sind. Oftmals gehen mit Rentenbeginn soziale Kontakte verloren. Welche Angebote können für diese Personengruppe gemacht werden, damit der Erfolg aus Afka erhalten bleibt?

Frau Stadträtin Geißinger (Volt): Es wurde von 14 jungen Frauen berichtet, die sich für das Modell der Teilzeitausbildung entschieden haben (Thema: Vereinbarkeit Familie und Beruf). Inwieweit ist es geplant, dass zum Beispiel auch Menschen mit psychischen Erkrankungen die Möglichkeit einer Teilzeitausbildungen erhalten, um einen Abschluss zu absolvieren.

Frau Hopfengärtner (afka): Zu den Fragen zu KobBV (Koooperative berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt) kann heute leider keine Auskunft gegeben werden. Dies ist nur ein kleiner Teil des gesamten Berichtes und hierfür kamen die Informationen vom Personal- und Organisationsamt.

Das Thema „Übergang in die Rente“ ist im Bericht als Entwicklungsthema angesprochen. Es gibt bereits Personen im sozialen Arbeitsmarkt, die in Rente gehen und über die Grundversicherung SGB XII weiterbeschäftigt werden, zum Teil beim gleichen Träger und gleicher Einsatzstelle. Dies soll weiter konzeptionell angepasst werden, da die geburtenstarken Jahrgänge jetzt nach und nach in Rente gehen.

Die Frage zur „Teilzeitausbildung“ betrifft bei der Stadt Karlsruhe das Personal- und Organisationsamt. Vor allem die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Benachteiligung von Frauen stehen hier im Vordergrund und werden auch in anderen Bereichen bearbeitet, wie über das Jobcenter, Europäischer Sozialfonds (ESF) und im Rahmen spezieller Programme.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die 3. Fortschreibung des Gesamtkonzepts Sozialer Arbeitsmarkt (Anlage) zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 2 Karlsruher Hausbesuche - Weiterführung des Angebots - Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kohm (Der Paritätische) und Frau Butz (Der Paritätische).

Frau Best (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) bittet Frau Susanne Butz, zwei Beispiele aus der Praxis zu nennen.

Frau Stadträtin Buresch (DIE LINKE.): Ältere Menschen und gerade queere Menschen sind eventuell von Alterseinsamkeit bedroht. Wie weit wird das Thema bei Hausbesuchen mitaufgegriffen, gibt es dafür geschultes Personal und kann das Angebot in diese Richtung mit ausgebaut werden?

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es hat sich gezeigt, dass der Informationswunsch der älteren Bevölkerung erheblich ist. Die CDU könnte sich vorstellen, dass Wohnungsbaugesellschaften durch Informationsweitergabe an die Mieter*innen und an die Stadtteilkoordinatorinnen und Stadtteilkoordinatoren der Soziale Quartiersentwicklung weiterhelfen, diese Projekte voranzutreiben und zu fördern.

Frau Stadträtin Geißinger (Volt): Dem Bericht zufolge haben 1/3 der Personen Migrationshintergrund. Wird das Programm auch in anderen Sprachen angeboten?

Frau Best (SJB) bestätigt, dass das Programm auch in andere Sprachen angeboten wird.

Frau Butz (Der Paritätische): erläutert zu den Fragen, dass die Menschen sich freuen und dankbar sind, dass die Stadt an sie denkt. Sie erklärt die Hausbesuche anhand von Praxis-Fällen. Es wird bereits mit Wohnungsbaugesellschaften zusammengearbeitet. Obwohl sich die Menschen bei den Gesprächen sehr öffnen, war queer bisher noch kein Thema.

Frau Leßle (Dez.3): Viele der besuchten Menschen bedanken sich telefonisch im Dezernat 3 für den Karlsruher Hausbesuch und die hervorragende Beratung.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung des Zuschusses für das Projekt Karlsruher Hausbesuche ab dem Haushaltsjahr 2025 in Höhe von jährlich 52.000 Euro zu beschließen.

Herr Stadtrat Dujmović verlässt den Saal.

TOP 3: Pflege-Monitor 2024 der Stadt Karlsruhe
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Elvira Schneider (Pflegedirektorin, Städtisches Klinikum).

Frau Höfle (SJB) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Dujmović betritt den Saal.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): In der Vorlage ist beschrieben, dass bis 2040 für stationäre Pflege mindestens vier Pflegeheime (für ca. 400 Personen) fehlen. Wo sollen die Menschen untergebracht werden? Nachtpflege ist gerade für demente Personen sehr wichtig. Was kann man tun, damit es dieses Angebot gibt?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Im Bericht fehlt die Definition, welche Pflegebedürftigen gemeint sind (Ältere, Kinder oder junge Erwachsenen). Handelt es sich bei dem im Bericht verwendeten Begriff „Pflegeoase“ um einen Ort, an dem vor allem Demenzzranke zusammenkommen?

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Die Abbildung 2 zeigt, dass Pflegebedürftigkeit steigt, die vollstationäre Pflege aber sinkt. Wenn die Prognose stimmt, dürften deshalb nicht mehr Plätze an stationärer Pflege nötig werden. Kann dies bestätigt werden? Des Weiteren wird immer wieder berichtet, dass viele Pflegeheime aufgelöst werden. Wie ist bezüglich der Pflegeheime in Karlsruhe die Tendenz, wie sicher sind die Pflegeheimplätze?

Frau Stadträtin Buresch (DIE LINKE.): Gibt es Zahlen darüber, wie viele Menschen zum Beispiel nach Operationen in den Kliniken bleiben müssen, da kein Bett in einem Pflegeheim verfügbar ist.

Frau Höfle (SJB) bestätigt, dass bis 2024 vollstationäre Pflegeplätze fehlen. Es gab in der Vergangenheit ein Angebot an Nachtpflege, das aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt wurde. Derzeit findet sich kein Träger, der dies anbietet. Frau Höfle wird dieses Thema mit den Trägern im Arbeitsausschuss besprechen. Die Abbildung 2 bezieht sich auf die vergangenen Jahre und den Leistungsbezug der vollstationären Pflege; dieser nimmt tatsächlich auf Grund der gesetzlichen Stärkung des ambulanten Pflegesektors ab. Die Prognose, dass deutlich mehr vollstationäre Pflegeplätze benötigt werden, lässt sich durch die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Karlsruhe erklären. Das Monitoring bezieht alle Pflegebedürftigen im Jahr 2020/2021 ein, die Leistungen der Pflegekasse bezogen haben, hierunter fallen auch Menschen mit Behinderungen. Der Begriff „Pflegeoase“ bezieht sich auf einen spezifischen Wohnbereich für Menschen, die hochgradig pflegebedürftig sind und/oder an Demenz leiden. Im Erhebungszeitraum konnten 68 Prozent (von insgesamt 188 Betroffenen) nach Klinikaufenthalt nicht zeitgerecht entlassen werden.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Pflege-Monitor 2024 der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 4 Aktionsprogramm Pflege - Vorlage -

Frau Langeneckert (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Es bedarf an regelmäßigen Veranstaltungen, um die Stadtgesellschaft in das Thema Pflege miteinzubeziehen, mehr Ehrenamtliche, mehr Träger, mehr Politik, was bereits vorgesehen ist.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, das in der Anlage dargestellte Aktionsprogramm Pflege zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 5 Lebenswerte Südstadt - Werderplatz autofrei - Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Buresch (DIE LINKE.): Über den Antrag wurde im Vorfeld schon viel gesprochen und deshalb ist zeitnah eine Ortsbegehung (Planungsausschuss) vorgesehen.

Herr Fritz (StpIA): Aktuell befindet man sich im Meinungsbildungsprozess für die Entscheidung im Gemeinderat. Der Ortstermin für die Begehung ist am 18. Oktober 2024.

Frau Sailer (SJB): Es bedarf eines Konzepts, wie der Platz positiv genutzt werden soll.

Ergebnis: Nach der Ortsbegehung am 18. Oktober 2024 wird die Entscheidung im Gemeinderat erfolgen.

TOP 6: Psychiatrieplanung für Karlsruhe
- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die GRÜNE Fraktion ist mit der Stellungnahme nicht zufrieden. Die sozialpsychiatrische Versorgung wird immer wichtiger. Es gibt zu wenig Angebote an Therapieplätzen, insbesondere auch für Jugendliche und Kinder, besonders seit Corona. Es ist wichtig, Netzwerkarbeit zu betreiben, Synergieeffekte zu nutzen, die Psychiatriebewegung in Karlsruhe aufrecht zu erhalten und zu beleben. In anderen Städten gibt es eine explizite Psychiatrieplanung. Gemäß Stellungnahme der Verwaltung ist die strategische Psychiatrieplanung im Teilhabebericht vorgesehen. Wann wird der Teilhabebericht kommen? Der GPV ist mit der Aufgabe betraut, jedoch bedarf es nach Auffassung der GRÜNEN Fraktion jemanden, der alles koordiniert. Kann die Planung des GPV ebenfalls im Sozialausschuss vorgestellt werden?

Frau Langeneckert (SJB): Die Planung erfolgt im GPV. Gemeinsam mit verschiedenen Trägern und dem Städtischen Klinikum wird an den Themen gearbeitet. Der Teilhabebericht ist in Planung. Ein konkreter Zeitpunkt kann noch nicht genannt werden. Ob die Planung des GPV im Sozialausschuss vorgestellt werden kann, muss in der dortigen Sitzung geklärt werden.

Der Vorsitzende: Das Thema wird mit in den GPV genommen.

Beschluss: Die Inhalte der beantragten Psychiatrieplanung werden fortlaufend in der Sozialplanung und im GPV-Netzwerk erarbeitet und sollen im geplanten Teilhabebericht dokumentiert werden.

TOP 7: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

1. Neues IQ-Projekt „KA barrierefrei“

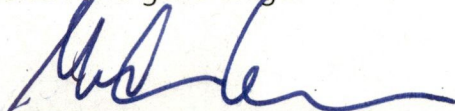
Frau Höfle (SJB): Das Dezernat 3 hat ein IQ-Projekt (Innovativ und Queer) „KA barrierefrei“ inklusive einer Projektstelle beantragt. Im Falle einer positiven Entscheidung würde Frau Ulrike Wernert als Kommunale Behindertenbeauftragte die Leitung des Projektes übernehmen. Das Portal „KA barrierefrei“ bietet Menschen mit Seh-, Hör- und/oder Mobilitätseinschränkungen Informationen zur Barrierefreiheit öffentlicher und öffentlich zugänglicher Einrichtungen in Karlsruhe. Es erleichtert Zugänge und fördert die gesellschaftliche Teilhabe.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass für das Jahr 2025 drei Sozialausschusssitzungen geplant sind.

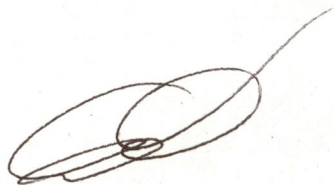
Der Vorsitzende schließt um 18:20 Uhr die Sitzung.

Karlsruhe, den 7. Oktober 2024

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister


06.11.24

Carmen Edler
Schriftführerin